

1 Leitantrag zum Landesparteitag 09.12 – 10.12.2023

2 Antragsteller: Landesvorstand

3

#### 4 **Wir haben unsere Seite gewählt**

##### 5 **1. Wo stehen wir ...**

###### 6 **... im Bund**

7 Zur Halbzeit präsentiert sich die Ampelkoalition in der Bundesregierung als Koalition der  
8 gebrochenen Versprechen. Ob Kindergrundsicherung, Arbeitsmarktpolitik, bezahlbare Mieten oder  
9 Verkehrswende – alle sozialen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag sind inzwischen dem Rotstift zum  
10 Opfer gefallen. Die Ampelparteien haben sich vollständig dem Diktat der „Schuldenbremse“  
11 unterworfen. Auch wenn genug Geld vorhanden wäre, um die Energie- und Wärmewende sozial  
12 auszugestalten, in die Infrastruktur zu investieren, damit gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen und  
13 die Menschen angesichts steigender Energie- und Lebenshaltungskosten zu entlasten, ist der  
14 Haushalt 2024 ein Dokument der sozialen Kälte und der verweigerten Verantwortung:

15 Allein der Gesundheitsetat schrumpft um mehr als ein Drittel und damit auf den Stand vor der  
16 Corona-Pandemie, trotz der katastrophalen Situation im Gesundheitswesen und dem massiven  
17 Investitionsstau. Das goldene Kalb der Schuldenbremse und hunderte Milliarden für Aufrüstung  
18 verhindern notwendige Investitionen in unsere soziale Infrastruktur, in den klimagerechten Umbau  
19 der Wirtschaft und die öffentliche Daseinsvorsorge.

20 Fast zwei Drittel der Bevölkerung sind nach einer Umfrage des Politbarometers vom September 2023  
21 der Ansicht, in Deutschland gehe es sozial ungerecht zu. Trotzdem wirkt sich das aktuell nicht positiv  
22 auf die Wahlergebnisse der LINKEN aus. Stattdessen geht die Wut vieler Menschen nach rechts, zur  
23 AfD, die bei den bundesweiten Umfragen inzwischen zweitstärkste Partei geworden ist. Viele  
24 Menschen, die aus ihrer ökonomischen Situation heraus gute Gründe hätten, DIE LINKE zu  
25 unterstützen, fühlen sich von uns nicht hinreichend vertreten, das muss uns alarmieren. Es darf aber  
26 nicht zu der Schlussfolgerung führen, uns dem politischen Überbietungswettbewerb zur Anbiederung  
27 an die politische Rechte anzuschließen. Eine linke, sozialistische Partei muss vor allem in schwierigen  
28 Zeiten Haltung als entschiedene Kraft für Menschenrechte und internationale Solidarität bewahren.  
29 Sie muss die Rechte aller Menschen auf ein gutes Leben in Frieden und sozialer Sicherheit verteidigen  
30 und allen Ideologien der Ungleichheit wie Antisemitismus, Rassismus, Homophobie und  
31 Sozialdarwinismus entgegenreten.

32 Den Rechtsruck in unserem Land und in vielen anderen europäischen Ländern werden wir jedoch  
33 allein mit der richtigen Haltung nicht aufhalten können. Dafür braucht es eine grundlegende  
34 Veränderung der Politik: Die stetige Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach  
35 oben muss umgekehrt werden. Es ist nicht zu wenig Geld da für gute Schulen, moderne  
36 Krankenhäuser, bezahlbaren Wohnraum und funktionierende Verkehrssysteme – es ist nur in den  
37 falschen Händen. Es ist unsere Aufgabe, das Ohnmachtsgefühl, das Menschen gegenüber der  
38 unsichtbaren Hand der Märkte empfinden, in Solidarität, politisches Handeln und Lust auf  
39 Veränderung zu verwandeln. Das müssen wir machen - in den Stadtvierteln, den Kommunen, in NRW  
40 und im Bund. Dafür erneuern wir unsere Partei als DIE antikapitalistische und antimilitaristische  
41 Kraft, die offen ist für Neues und neue Mitstreiter:innen, die Kampflust und Mut ausstrahlt, auch in  
42 schwierigen Zeiten für unsere Leute das Beste herauszuholen.

###### 43 **... und in NRW?**

44 Die Zustimmungswerte zur schwarz-grünen Landesregierung gehen zunehmend zurück. Doch bisher  
45 kann DIE LINKE auch von diesem Trend nicht profitieren.

46 Im Juni 2023 waren rund 55 Prozent der in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen mit der Arbeit  
47 der Landesregierung unzufrieden, also mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Diese Unzufriedenheit  
48 resultiert insbesondere aus politischen Versäumnissen in der Schul- und Bildungspolitik, dem  
49 massiven Investitionsstau bei Straßen,- Brücken und Schienensanierungen, aber auch mangelnden  
50 Maßnahmen in der Umwelt- und Klimapolitik.

51 Die Summe an aktuellen Herausforderungen überfordert die Kommunen. Während die  
52 Steuereinnahmen stagnieren und Bund und Land Zuweisungen kürzen, explodieren die Kosten für  
53 Sachaufwendungen und Personal sowie die Versorgung von Geflüchteten. Zusätzlich konfrontieren  
54 Bund und Land die Städte und Gemeinden mit neuen Aufgaben wie etwa dem Rechtsanspruch auf  
55 Ganzttag, ohne die nötigen Mittel bereitzustellen.

56 Die chronische Unterfinanzierung und die Vielzahl an Krisen nehmen den Kommunen die Luft zum  
57 Atmen. Nach einer aktuellen Umfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW gehen aktuell  
58 mindestens vier von zehn Kämmereien davon aus, im kommenden Jahr in die Haushaltssicherung  
59 gehen zu müssen.

60 Sollten Bund und Land untätig bleiben, bleibt vielen Städten und Gemeinden nichts anderes übrig, als  
61 die Hebesätze der Grundsteuer B drastisch anzuheben und freiwillige Leistungen wie zum Beispiel  
62 den Betrieb von Bädern oder soziale Hilfen zurückzufahren.

63 Die NRW-Linke fordert dagegen die Entschuldung der Kommunen und eine Weiterentwicklung der  
64 Kommunalfinanzierung, damit Städte, Gemeinden und Kreise endlich wieder handlungsfähig werden.

#### 65 **Ermutigung zum Lernen statt Entmutigung und Ausgrenzung**

66 Der Bildungsnotstand an Schulen und Kitas verschärft sich in Nordrhein-Westfalen immer mehr. Die  
67 Grundschulklassen sind die größten in der gesamten Republik, und mindestens 6.700 Lehrer:innen-  
68 Stellen sind unbesetzt.

69 Gemeinsam mit dem Bündnis "Bildungswende jetzt" waren wir am 15. September 2023 mit 3.500  
70 Menschen in Köln auf der Straße, um für eine auskömmliche Finanzierung der Bildung mit einem  
71 bundesweiten Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zu demonstrieren.

72 Für uns als LINKE ist klar, dass wir nicht nur mehr Lehrer:innen, Kitaplätze und Geld für bessere  
73 Gebäude brauchen, sondern dass wir auch die Qualität und die Struktur des Bildungssystems ändern  
74 müssen. Wir streiten für eine gemeinsame Schule für alle, von der ersten bis zur zehnten Klasse,  
75 ohne Hausaufgaben, ohne Ziffernnoten und ohne Sitzenbleiben. Kinder und Jugendliche sollen nicht  
76 mehr durch schlechte Noten beschämt und von "Abschulung" bedroht sein, sondern Lernen mit  
77 Ermutigung und positiver Verstärkung verbinden. Schule soll ein Ort werden, an dem sich Kinder und  
78 Jugendliche wohl und wertvoll fühlen, gerne lernen und ein soziales und solidarisches  
79 Zusammenleben erproben können. Schulen müssen endlich Orte der Integration und der Inklusion  
80 werden, barrierefrei und einladend. Zugleich müssen Schulen ein Ort werden, an dem Lehrkräfte und  
81 andere Beschäftigte gerne und motiviert arbeiten können, um an einer Zukunftsaufgabe für unsere  
82 Gesellschaft mitzuarbeiten: neugierige, selbstständige und verantwortungsbewusste Menschen zu  
83 bilden, für die lebenslanges Lernen keine Last, sondern ein Vergnügen ist.

84 Solange nicht alle Bildungseinrichtungen gut mit Gebäuden und Personal versorgt sind, wollen wir  
85 einen speziellen Förderschwerpunkt auf die besonders von Armut betroffenen Quartiere legen. Denn  
86 hier sind die Bedingungen am schwierigsten und die Personalnot ist häufig am größten.

87 Bildung fängt aber nicht erst in der Schule an. Der dramatische Mangel an Personal und Räumen trifft  
88 auch die frühkindliche Bildung und Betreuung in den Kindertagesstätten. DIE LINKE. NRW setzt sich  
89 dafür ein, dass der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz durch den bedarfsgerechten Ausbau von Kita-  
90 Plätzen umgesetzt wird statt wie derzeit durch Abstriche beim Personalschlüssel, Arbeitsverdichtung  
91 für die Erzieher:innen oder gar Kürzung von Betreuungszeiten. Sozial- und Erziehungsberufe müssen  
92 attraktiver werden, dazu gehört auch eine angemessene Gehaltsstruktur.

### 93 **Armut statt Armutsbetroffene bekämpfen**

94 NRW ist unter den westdeutschen Flächenländern dasjenige mit der höchsten  
95 Armutsgefährdungsquote: Fast jeder fünfte Mensch in NRW ist von Armut bedroht, im Ruhrgebiet ist  
96 es sogar jeder vierte. Arme Menschen und Familien leiden besonders unter den hohen Steigerungen,  
97 beispielsweise bei Energie- und Lebensmittelpreisen In Umfragen gibt inzwischen ein Viertel der  
98 Befragten an, sich aus Kostengründen nicht vollwertig ernähren zu können. Die Ampelkoalition in  
99 Berlin verweigert eine ausreichende soziale Absicherung, sie enttäuscht bei der groß angekündigten  
100 Kindergrundsicherung und hat keine wirksame Strategie gegen den rasanten Anstieg der Mieten und  
101 Mietnebenkosten, die inzwischen nicht nur die großen Städte betreffen, sondern auch in ländlichen  
102 Kommunen zu Wohnungsnot führen. Alleine in unserem Bundesland fehlen nach Angaben der  
103 Bauwirtschaft aktuell 300.000 Wohnungen. Dazu kommt das Auslaufen der Preisbindung bei den in  
104 früheren Jahrzehnten öffentlich geförderten Wohnungen, welches die Mieten steigen lässt. Es fehlt  
105 im ganzen Land bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum.

106 Arm gesparten Kommunen fehlt es an Möglichkeiten, soziale Dienste und kulturelle Angebote für  
107 finanziell benachteiligte Menschen in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen. Das  
108 verschärft die soziale Spaltung.

109 Wir stehen für eine bedarfsdeckende Mindestsicherung ohne Sanktionen und eine soziale  
110 Wohnungs- und Mietenpolitik, damit niemand Angst vor Armut und Wohnungslosigkeit haben muss.

### 111 **Kein Krankenhaus zu viel**

112 Die Gesundheitsminister von Bund und Ländern bereiten eine Krankenhaus-Reform vor, die die  
113 wohnortnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung in weiten Teilen des Landes infrage stellt.  
114 Durch Schließung und Zusammenlegung von Kliniken, Zentralisierung von Behandlungen in wenigen  
115 großen Häusern und mehr ambulante Behandlungen werden die Wege weiter, die Behandlungen  
116 noch kürzer und damit die Belastungen für Patient:innen, Angehörige und Beschäftigte noch größer.  
117 Zwar haben sowohl NRW-Gesundheitsminister Laumann (CDU) als auch Gesundheitsminister  
118 Lauterbach (SPD) immer wieder betont, dass es nicht durch Insolvenzen zu ungeplanten  
119 Klinikschließungen kommen sollte, doch genau das geschieht zur Zeit in NRW, etwa im Kreis  
120 Mettmann: Wenn nicht sofort etwas gegen die Unterfinanzierung der Krankenhäuser getan wird,  
121 könnte es sein, dass viele Kliniken schon vor der Reform schließen müssen. Dass Krankenhäuser aus  
122 finanziellen Gründen geschlossen werden, ist ebenso absurd wie Krankenhäuser, die Profite  
123 erwirtschaften. Krankenhäuser sind Einrichtungen der Daseinsvorsorge und müssen im Sinne des  
124 Gemeinwohls demokratisch organisiert werden. Wir setzen uns im Bund, im Land und in den  
125 Kommunen dafür ein, dass keine Krankenhäuser oder Stationen geschlossen werden, die für die  
126 Versorgung der Bevölkerung benötigt werden. Die benötigten Fach-Ärzt:innen als auch Apotheken  
127 sind vor allem im ländlichen Raum eine wichtige Gesundheitseinrichtung. Die fehlende Mobilität der  
128 Bürger:innen verschärft die Versorgungsproblematik. Arztpraxen, Apotheken und andere  
129 Gesundheitseinrichtungen dürfen nicht in die Hände von Finanzinvestoren fallen. Krankenhäuser  
130 gehören in öffentliche oder gemeinnützige Hände.

### 131 **Energie und Netze in öffentliches Eigentum**

132 Die Beteiligung der Grünen an der Landesregierung hat das Land Nordrhein-Westfalen in Sachen  
133 Klimaschutz nicht so vorangebracht, wie es viele Wähler:innen erhofft haben. Insbesondere im  
134 Umgang mit dem rheinischen Braunkohlerevier und dem Konzern RWE wird die Politik der  
135 Vorgänger-Regierungen weitgehend fortgesetzt.

136 In der Auseinandersetzung um die Räumung und das unnötige Abbaggern des Dorfes Lützerath  
137 traten die Konflikte zwischen der Klimagerechtigkeitsbewegung und der grünen Regierungspartei  
138 offen zutage.

139 Für eine nachhaltige Energiewende müssen die Energiekonzerne vergesellschaftet werden. Strom-  
140 und Wärmenetze gehören in die öffentliche Hand und müssen demokratisch kontrolliert werden.

141 Es braucht dringend eine regional und dezentral ausgerichtete Energiewende, eine Solar-Offensive  
142 und den schnellen Ausbau der Windenergie. Hier müssen die Kommunen und die Bürger:innen als  
143 Miteigentümer an den neuen Anlagen beteiligt werden und von den Erträgen profitieren.

144 Wir entwickeln ein Landesprogramm für Klimagerechtigkeit, welches vorhandene Bausteine  
145 zusammenführt und die Frage nach sozialer Gerechtigkeit mit der des Klimaschutzes verbindet.  
146 Hierzu werden die zuständigen Vorstandsmitglieder mit den thematisch angebundnen  
147 Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften bis zum Frühjahr eine Analyse der Lage im Land und vor  
148 Ort und einen Forderungskatalog erstellen, welcher für die Kommunalwahlen nutzbar ist und in einer  
149 Broschüre bis Herbst 2024 veröffentlicht werden kann.

#### 150 **Ökologisch-soziale Verkehrspolitik**

151 Eine der größten sozialen wie ökologischen Baustellen ist bundesweit wie auch in NRW die  
152 Verkehrspolitik. Die Schiene wurde über Jahrzehnte derart vernachlässigt, dass jetzt durch  
153 notwendige Sanierungen eine Streckensperrung die andere jagt. Im ohnehin schwer belasteten  
154 Straßenverkehr werden die Busse des Schienenersatzverkehrs zum zusätzlichen Stressfaktor für alle,  
155 die darauf angewiesen sind. Das sind vielfach Armutsbetroffene, Beschäftigte mit niedrigem  
156 Einkommen, Pendler:innen, Schüler:innen und Student:innen.

157 Wir stehen für einen gut ausgebauten, bezahlbaren und barrierefreien Nahverkehr vom Rhein bis zur  
158 Weser, vom Teutoburger Wald bis zur Eifel. Wir kämpfen für den Erhalt des Deutschlandtickets für 49  
159 Euro, ein bundesweit gültiges Sozialticket für 29 Euro und perspektivisch für die kostenfreie Nutzung  
160 des Nahverkehrs. Wir beteiligen uns aktiv an der von ver.di, Fridays For Future und vielen anderen  
161 initiierten Mehrheitspetition für den Öffentlichen Nahverkehr.

162 Eine sozialökologische Wende bedeutet auch eine grundsätzliche Abkehr von einer auto-fixierten  
163 Verkehrspolitik.

#### 164 **Investitionen in Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Konversion**

165 Alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge in Nordrhein-Westfalen leiden unter einem massiven  
166 Investitionsstau: Ob Energieversorgung und -netze, Schienenverkehr, Bildung, Gesundheit und  
167 Pflege, überall fehlt es an modernen Einrichtungen und ausreichend Personal. Wir wollen, dass in die  
168 soziale und ökologische Infrastruktur investiert wird und damit gute und nachhaltige Arbeitsplätze  
169 geschaffen werden.

170 In der Rüstungsindustrie sowie in der fossilen und atomaren Energiewirtschaft arbeiten in NRW viele  
171 hoch qualifizierte Beschäftigte. Wir wollen ihre Fähigkeiten nutzen, um die Produktion auf  
172 nachhaltige, friedens- und umweltverträgliche Güter umzustellen. Dafür braucht es einen  
173 Konversionsfonds und eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung auch auf Entscheidungen  
174 über die wirtschaftliche Ausrichtung von Unternehmen.

## 175 **Den Rechtsruck bekämpfen**

176 Nicht nur bundesweit, sondern auch in NRW haben wir es mit einem gesellschaftlichen und  
177 politischen Rechtsruck zu tun, der entschieden bekämpft werden muss. Insbesondere die AfD  
178 verbreitet Hass und Hetze gegen Minderheiten und schürt mit Propaganda und gezielten Lügen eine  
179 rassistische Pogromstimmung.

180 Die CDU tritt dem nicht nur nicht entgegen, sondern sucht immer häufiger den verbalen und  
181 faktischen Schulterchluss mit den Rechtsextremen. Dies geschieht nicht nur in ostdeutschen  
182 Kommunen oder in Thüringen, sondern war beispielsweise im September auch im Kreistag von  
183 Gütersloh der Fall, wo CDU und AfD gemeinsam der Gedenkstätte Stalag 326 die Finanzierung  
184 verweigerten. Gerade in Zeiten, da die Zeit-Zeug:innen der Shoa und des Vernichtungskriegs immer  
185 weniger werden, sind Orte des Erinnerns und Beiträge zur Erinnerungskultur in den Kommunen zu  
186 organisieren.

187 Doch der Rechtsruck macht auch vor den Ampelparteien SPD, Grüne und FDP nicht halt. Eine immer  
188 restriktivere Abschottungspolitik gegenüber flüchtenden Menschen gießt Öl ins Feuer derer, die aus  
189 Geflüchteten Sündenböcke für eine verfehlte Sozial-, Wohnungs- und Finanzpolitik machen.

190 Durch finanzielle Not in den nordrhein-westfälischen Kommunen, durch fehlende Mittel für  
191 Integration, fehlende Sozialwohnungen und ein fast tot gespartes Schulsystem werden die Menschen  
192 in Konkurrenzsituationen getrieben und damit Ressentiments gegen geflüchtete Menschen befeuert.  
193 Unter diesen politisch erzeugten Problemen leiden diejenigen, die sich keine Luxusimmobilien,  
194 eigene Pools oder Privatschulen leisten können.

195 Als Linke waren, sind und bleiben wir Antifaschist:innen. Die Gegensätze verlaufen nicht zwischen  
196 Nationalitäten, zwischen Hautfarben, Geschlechtern, Lebensweisen oder Identitäten. Die Gegensätze  
197 verlaufen zwischen Kapital und Arbeit, Reichtum und Armut, Macht und Ohnmacht – und auch  
198 zwischen Faschismus und Demokratie. Wir haben unsere Seite gewählt.

## 199 **2. Die EU den Reichen nehmen**

200 Seit Jahrzehnten ist es nicht gelungen, die Ungleichheit in Europa zu verringern. Dabei wächst der  
201 Reichtum von Wenigen. Die Maastricht-Kriterien verbieten es, für langfristige öffentliche Ausgaben  
202 Kredite aufzunehmen. Aufgrund der Maastricht-Kriterien in den EU-Verträgen fehlt öffentliches Geld  
203 für Bildung, bezahlbares Wohnen, Pflege und Gesundheit, für funktionierende Kommunen und für  
204 die Abschaffung der Armut. Jedes vierte Kind in der EU lebt in Armut. Viele Gesundheitssysteme in  
205 der EU sind in der Coronakrise in die Knie gegangen. Pflegekräfte haben bis weit über ihre Grenzen  
206 gearbeitet. Währenddessen wuchsen die Gewinne der Pflege- und Pharmakonzerne in die Höhe. Wir  
207 erleben marode und unterfinanzierte Schulen und Wohnungsnot. Doch während die Mieten  
208 explodieren, steigen die Profite der Immobilienunternehmen und Investmentfonds.

209 In der EU bestimmen Markt und Profitstreben Lebensbereiche, bei denen es um die Befriedigung von  
210 Grundbedürfnissen geht. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen sind wir immer noch weit entfernt.  
211 So kommen wir nicht durch die Krisen, so schaffen wir weder den nötigen sozial-ökologischen Umbau  
212 noch retten wir so die Demokratie.

213 Während die soziale Krise andauert und die weniger wohlhabenden Menschen bedroht, verschärft  
214 sich die Klimakrise mit Waldbränden, Dürren und Starkregen. Unter den Folgen der Klimakatastrophe  
215 haben Ärmere erheblich mehr zu leiden als Reiche. Die eigenen, wenig ehrgeizigen Klimaziele wird  
216 die EU verfehlen. Die Regierenden in der EU erklären, dass sie eine klimaneutrale Wirtschaft wollen.  
217 Aber sie scheuen den Konflikt mit den fossilen Konzernen und wollen nicht mit einer  
218 Wirtschaftspolitik brechen, die die Interessen von Reichen und Konzerne nach vorne stellt.

219 Die meisten Emissionen werden von Konzernen und Reichen verursacht. Der „Club of Rome“ weist in  
220 seinem jüngsten Bericht darauf hin, dass die Reichsten die meisten Ressourcen verbrauchen, ohne  
221 die nötigen Konsequenzen zu tragen. Er hat recht. Die Klima-Katastrophe wirksam zu bekämpfen,  
222 heißt: die Macht der großen Konzerne brechen, Eigentum demokratisieren und Reichtum  
223 umverteilen. Es ist Zeit umzusteuern. Es braucht Mut für eine Wirtschaftswende durch einen sozial  
224 gerechten, demokratisch gestalteten und ökologisch nachhaltigen Umbau.

### 225 **3. Für solidarische und lebenswerte Kommunen**

226 Die Städte, Kreise und Gemeinden sind der Ort, an dem wir leben und arbeiten und deshalb auch der  
227 Ort, an dem wir die Bedingungen für unser Leben und unsere Arbeit mitgestalten wollen. Dafür  
228 brauchen wir starke und wirtschaftlich handlungsfähige Kommunen, in denen die Bürger:innen ihre  
229 Interessen artikulieren und solidarisch umsetzen und in denen öffentliche Daseinsvorsorge,  
230 kulturelles Leben und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleistet werden können.

231 Unsere vielen ehrenamtlichen Mandatsträger:innen in Räten und Kreistagen stehen täglich vor der  
232 Herausforderung, linke Politik in die kommunale Praxis umzusetzen. Dabei wird ihnen viel abverlangt:  
233 Angesichts gähnender Leere in den kommunalen Kassen suchen sie zwischen Vision und  
234 Pragmatismus den besten Weg, um die berechtigten Ansprüche ihrer Wähler:innen einzulösen.

235 Auch in der Kommunalpolitik stehen wir für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir  
236 streben eine neue demokratische Gesellschaftsordnung an, in der die Politik nicht mehr von den  
237 Interessen der Industrie, der Banken und Konzerne bestimmt wird. Wir wollen Schluss machen mit  
238 einer Politik, die auf die Ausbeutung von Mensch und Natur setzt. Wir wollen Reichtum umverteilen  
239 und die Einrichtungen und Betriebe der Daseinsvorsorge wie etwa Krankenhäuser, Verkehr und  
240 Energieversorgung in öffentlicher Hand halten oder dorthin zurückführen. Bei den Kommunalwahlen  
241 in NRW setzen wir auf ein Umsteuern in der Wirtschafts-, Umwelt- und Verkehrspolitik, auf  
242 Demokratisierung und eine öffentliche Daseinsvorsorge, die Wiedergewinnung des öffentlichen  
243 Sektors für alle, die in den Städten und Gemeinden leben.

244 Die nordrhein-westfälische Landesregierung will die Kommunen erst zum Haushaltsjahr 2025  
245 entschulden. Das gab die Ministerin für Heimat und Kommunales, Ina Scharrenbach (CDU) im Herbst  
246 bekannt. Das Land verschiebt damit den Einstieg in die lang erwartete Lösung der Altschuldenfrage.  
247 Doch das lassen wir der Landesregierung nicht unwidersprochen durchgehen. Wir werden die  
248 schwarz-grüne Regierung unter Druck setzen und die dringend notwendige Entschuldung der  
249 nordrhein-westfälischen Kommunen einfordern.

### 250 **4. Menschen ermutigen und Wahlen gewinnen**

251 Die Partei muss erstens aktiv die öffentliche Debatte über die Gründung eines konkurrierenden  
252 Parteiprojekts aus der LINKEN heraus beenden.

253 Sie muss zweitens zu einem erneuerten, klaren und zeitgemäßen Profil finden. Letzteres ist mehr als  
254 eine programmatisch-kommunikative Aufgabe und hat auch organisationspolitische Konsequenzen:  
255 Ein Profil beweist sich erst, wenn es viele Mitglieder sprechen, verkörpern und mittragen.

256 Sie muss daher drittens dort, wo inhaltliche Differenzen die gemeinsame Zusammenarbeit  
257 blockieren, ernsthafte Klärungsprozesse organisieren.

258 Viertens gilt es, aktiv mit entsprechenden Kampagnen und Initiativen, durch Parlamentsarbeit, in  
259 Regierungen und kommunaler Verankerung, den praktischen Gebrauchswert der LINKEN  
260 herzustellen. Die Partei muss Ausdruck der Bewegungen in den Parlamenten sein.

261 Fünftens muss DIE LINKE systematisch und deutlich mehr Mitglieder gewinnen.

262 Um diese fünf Ziele zu erreichen, verständigt sich die Landespartei auf die folgenden Schritte für das  
263 Jahr 2024:

#### 264 **Struktur der Landespartei**

265 Der Landesvorstand erstellt für das kommende Jahr eine Planung und veröffentlicht diese für alle  
266 Mitglieder. Damit soll eine planbare Teilnahme für alle Genoss:innen ermöglicht werden, die an der  
267 Gestaltung der Partei mitwirken wollen. Für Anfang März 2024 und Mitte bis Ende November 2024  
268 sollen zwei Landesparteitage einberufen werden. Während beim ersten politische und strukturelle  
269 Schwerpunktsetzungen im Mittelpunkt der gemeinsamen Beratungen stehen sollen, wird der zweite  
270 sowohl die Wahl eines neuen Landesvorstandes als auch die Beratung der kommunalpolitischen  
271 Leitlinien beinhalten.

272 Landesvorstandssitzungen finden nach wie vor monatlich parteiöffentlich und in Präsenz statt. Mit  
273 dem ersten Landesparteitag im kommenden Jahr soll eine Strukturkommission eingerichtet werden,  
274 die für die Beratungen am Jahresende Vorschläge zur Überarbeitung der Landessatzung vorbereiten  
275 soll. Zu diesem Strukturprozess gehören auch die gemeinsam zu entwickelnde Awareness-Struktur  
276 für unsere Landespartei sowie nötige Überarbeitungen im Bereich Datenschutz und die Anpassung  
277 von Kommunikationswegen an die Bedarfe einer veränderten Partei. Ziel soll sein, unsere  
278 Landespartei für alle Mitglieder zu einem sicheren Ort der Mitbestimmung und politischen  
279 Selbstwirksamkeit werden zu lassen.

280 Der Austausch mit den geschäftsführenden Kreisvorständen soll im dreimonatigen Turnus fortgeführt  
281 werden. Aus der Erfahrung des vergangenen Jahres hat sich dieser Austausch als gewinnbringend für  
282 die Entwicklung der Partei erwiesen. Über diesen Austausch hinaus werden im gleichen Turnus  
283 Formate angeboten, um die Kommunikation zwischen unseren Fraktionen, den parteinahen  
284 Bildungsträgern und dem Landesvorstand zu stärken. Gerade in Hinblick auf die Gewinnung und  
285 Anbindung von Mitgliedern sind diese Strukturen stärker an die Parteiarbeit anzubinden.

286 Für die erste Jahreshälfte organisiert der Landesvorstand Kreisverbandsbesuche. Anknüpfend an die  
287 Telefonaktion des vergangenen Jahres, soll der begonnene Austausch in unserem Landesverband  
288 ausgebaut werden. Die anstehenden Herausforderungen für unsere Partei und die Entwicklung eines  
289 modernen sozialistischen Profils brauchen die Beratungen aller Mitglieder und nicht nur der  
290 Funktionsträger:innen oder Delegierten.

#### 291 **Arbeitsschwerpunkte 2024**

292 Die Mitgliederentwicklung der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass die größte Gruppe unserer  
293 Genoss:innen mittlerweile unter 35 Jahren ist. Die Altersgruppe bis 55 dagegen ist signifikant  
294 schwächer vertreten. Ab 55 Jahren ist die zweitgrößte Gruppe an Mitgliedern zu verzeichnen. Unsere  
295 Partei ist in den letzten Jahren jünger und auch diverser geworden. Die verschiedenen Altersgruppen  
296 bringen nicht nur unterschiedliche Lebenserfahrungen, sondern auch verschiedene Politikstile,  
297 Interessen und Kulturen mit in die Partei. Das nicht als stetiges Konfliktfeld, sondern als bereichernd  
298 zu begreifen und miteinander eine gemeinsame Parteikultur zu entwickeln, wird uns sicher noch  
299 einige Jahre beschäftigen.

300 Um eine stärkere Anbindung insbesondere der jüngeren Genoss:innen an unsere Landespartei zu  
301 erreichen, wird im kommenden Jahr ein spezielles Angebot für diese Altersgruppe organisiert. Im  
302 April soll eine "U35-Konferenz" durchgeführt werden. Von dieser sollen Formate entwickelt werden,  
303 die eine sich verstetigende Beteiligung junger Genoss:innen begünstigt. Auch soll der Austausch  
304 zwischen den verschiedenen Generationen intensiviert werden, um einen Erfahrungs- und  
305 Wissensaustausch zu beginnen.

306 Die auf dem vorletzten Landesparteitag beschlossene Sozial-/Armutskonferenz soll im Juni  
307 durchgeführt werden. Für diese sollen partei-interne sowie externe Referent:innen gewonnen  
308 werden. Vor dem Hintergrund der sich immer stärker abzeichnenden Umverteilung von unten nach  
309 oben und dem damit stetigen Anstieg von Armut, braucht es eine Landespartei, die entschieden und  
310 deutlich Antworten geben kann.

311 Der Landesparteitag in Dortmund hat mit dem beschlossenen Leitantrag den Startschuss zu einem  
312 modernen verkehrspolitischen Profil der Landespartei gesetzt. Dieses wird auf einer  
313 Mobilitätskonferenz weiterentwickelt, die konkrete Konzepte für Ballungsräume und ländliche  
314 Räume ausarbeitet, die dann auch in unsere kommunalpolitische Arbeit einfließen können.

315 Im März soll die schon angekündigte kommunalpolitische Konferenz stattfinden. Diese soll sowohl  
316 das Austauschforum der kommunalpolitisch Aktiven als auch der Startschuss der  
317 Kommunalwahlkampf vorbereitungen sein. Während im ersten Teil der Austausch und die  
318 Positionsentwicklung durch Referent:innen geführte Inputs stattfinden soll, wird der zweite Teil  
319 gemeinsam mit den Kreisvorständen und Wahlkampfleitungen insbesondere der Identifikation von  
320 Themen und der Kampagnenplanung für das Jahr 2025 dienen.

### 321 **Europawahl**

322 Als LINKE NRW werden wir alle Kräfte mobilisieren und einen geschlossenen Wahlkampf führen. Wir  
323 wollen mit kreativen Wahlkampfaktionen, Infoständen und Haustürgesprächen, aber auch auf  
324 zahlreichen Podien, wo es die Kräfte erlauben, mit den Menschen direkt ins Gespräch kommen und  
325 dafür werben, dass es eine starke LINKE im Europäischen Parlament braucht. Ab Januar wird ein  
326 regelmäßiges Wahlbüro auf Landesebene einberufen, über das die aus dem Wahlkampf  
327 resultierenden Aufgaben koordiniert werden sollen. Für NRW sind darüber hinaus zwei bis drei  
328 Zentralveranstaltungen angedacht. Als Landespartei werden wir alle Kräfte mobilisieren, damit  
329 unsere Spitzenkandidatin Özlem Alev Demirel ihre gute Arbeit im europäischen Parlament fortsetzen  
330 kann.

331 Die Kreisverbände sind daher angehalten, bis Januar 2025 dem Landesverband die verantwortlichen  
332 Wahlkampf-Leiter:innen zu benennen. Das Landeswahlbüro wird den Kontakt zu den  
333 Wahlkampfstrukturen der Kreisverbände sicherstellen, um die organisationspolitischen  
334 Herausforderungen gemeinsam zu meistern.

### 335 **Kommunalwahl 2025**

336 In Vorbereitung auf die Kommunalwahlen im Jahr 2025 werben wir aktiv um Kandidat:innen zur  
337 Besetzung der vielen Wahlkreise und beginnen schon jetzt mit den Gesprächen dafür. Eine neue  
338 Zukunft der Partei muss sich auch in neuem Personal ausdrücken. Wir bemühen uns daher aktiv um  
339 den Aufbau von Nachwuchstalenten und entwickeln neue strukturelle Ideen für kollektive  
340 Verantwortungsübernahme. Hier kommt es insbesondere auf die Kreisverbände an. Bis zum  
341 29.02.2024 bittet der Landesvorstand um eine Meldung der Wahlkampf-Verantwortlichen auf  
342 Kreisebene. Durch die Bildung einer regelmäßig tagenden, festen Runde sollen die Aufgaben und  
343 Anforderungen der Kommunalwahl 2025 gemeinsam koordiniert werden. Darüber hinaus stehen  
344 auch die schon beschriebenen Konferenzen in engem Zusammenhang dieser Vorbereitung.  
345 Insbesondere die kommunalpolitische Konferenz soll hierfür wichtige Weichen stellen. Der  
346 Landesverband macht das Angebot, erneut kommunalpolitische Leitlinien, als Bausteinatalog für  
347 Orts,- Stadt und Kreisverbände zu erarbeiten, damit jede wahlkämpfende Struktur vor Ort ein gutes  
348 Kommunalwahlprogramm vorhalten kann.



349 Als vorgezogene Maßnahme führte der Landesverband einen Relaunch der Websites des LINKEN  
350 CMS durch, um auch optisch nach außen attraktiver sichtbar zu werden.

351 Insgesamt wollen wir das neue Design als Chance nutzen, unsere Öffentlichkeitsarbeit auf allen  
352 Ebenen zu intensivieren und zu verbessern, so dass wir mit unseren Themen die verschiedenen  
353 Zielgruppen besser ansprechen können. Insbesondere im Bereich Social Media brauchen wir mehr  
354 Vernetzung und mehr Interaktion, um unsere Botschaften weiter verbreiten zu können.

### 355 **Bundestagswahl 2025**

356 Ein wichtiger Meilenstein für die Entwicklung unserer Partei wird die Bundestagswahl 2025. Unser  
357 Ziel ist es dabei, unser Wahlergebnis von 2021 deutlich zu verbessern. Das erreichen wir nur, wenn  
358 wir in unserem Landesverband und mit der gesamten Partei eine überzeugende Aufbruchsstimmung  
359 erzielen, die sich auch in unseren Kandidierenden in den Wahlkreisen und auf der Landesliste  
360 widerspiegelt. Die Kreisverbände werden gebeten, sich schon jetzt über geeignete Kandidat:innen  
361 Gedanken zu machen und ihnen Bildungsangebote zu ermöglichen, die sie auf diese Rolle  
362 vorbereiten.

### 363 **Mitgliedergewinnung**

364 Die Partei muss dringend neue Mitglieder gewinnen, die im Kommunal- und Bundestagswahlkampf  
365 für den Einzug der LINKEN kämpfen. Nicht als Selbstzweck, sondern als logische Bedingung, um die  
366 Wahlkämpfe auf viele Schultern zu verteilen. Dazu braucht es Beteiligungsorte auf lokaler Ebene  
367 sowie eine systematisch angelegte Mitgliedergewinnung. Unser Ziel muss sein, bis 2025 mindestens  
368 1.000 neue Mitglieder für DIE LINKE zu gewinnen und verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

369 Alle bis hierhin beschriebenen Maßnahmen werden immer auch unter dem Gesichtspunkt gestaltet,  
370 Freund:innen und Unterstützer:innen zu gewinnen, die sich nach Möglichkeit auch für eine  
371 Mitgliedschaft in der LINKEN entscheiden.

372 Alle bis hierhin beschriebenen Maßnahmen sollen regelmäßig evaluiert werden.

373 Wir haben viel vor. Auch wenn die Situation gerade nicht einfach ist, können wir mit vereinten  
374 Kräften, mit unseren Ideen und Erfahrungen und vor allem mit Solidarität DIE LINKE. NRW zu der  
375 Partei machen, die angesichts der vielfachen Krisen, der Sorgen und Ängste der Menschen und der  
376 sozialen Spaltung dringend gebraucht wird. Davon sind wir fest überzeugt. Fangen wir damit an.  
377 Jetzt.

378 Wir haben unsere Seite gewählt!